

3. Kostenlose Corona-Tests im Kanton Zürich

Postulat Benjamin Fischer (SVP, Volketswil) vom 4. Oktober 2021

KR-Nr. 352/2021, Antrag auf Dringlicherklärung

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden. Die Redezeit zur Dringlichkeit beträgt für alle maximal zwei Minuten.

Benjamin Fischer (SVP, Volketswil): Der Präsident hat es gesagt, wir führen heute keine Grundsatzdiskussion zur Zertifikatspflicht und schon gar nicht zu Corona (*Covid-19-Pandemie*), sondern sprechen lediglich über die Dringlichkeit dieses Postulates.

Es hat mich sehr erstaunt, dass der Bundesrat beschlossen hat, dass die Tests nichts mehr kostenlos sein sollen. Ich denke, für eine wirksame Pandemie-Bekämpfung ist es in unser aller Interesse, dass eben diese Leute, die nicht geimpft sind – aus welchem Grund auch immer –, sich auch testen lassen. Es ist ein wichtiger Grundsatz, dass der Staat, wenn der Bundesrat derart einschneidende Massnahmen beschliesst, dafür aufkommt. Deshalb möchte ich, dass der Kanton Zürich hier einspringt. Die Dringlichkeit ist gegeben, weil heute Tag für Tag Tausende von Bürgerinnen und Bürgern, Menschen in diesem Kanton, für Tests bezahlen müssen, um an ihrem gewohnten Leben teilzunehmen. Wir sprechen hier nicht nur von Restaurant-Besuchen, wir sprechen auch beispielsweise vom Studium bei jungen Menschen. Ich bitte Sie, über Ihren Schatten zu springen, auch wenn Sie hier noch nicht sicher oder vielleicht auch dagegen sind. Zweifelsohne ist die Dringlichkeit gegeben. Wir müssen jetzt darüber sprechen. Es betrifft viele Menschen in diesem Kanton und es betrifft sie jetzt. Es wäre wohl ehrlicher, wenn man einfach sagen würde «es gibt eine Impfpflicht». Ich sage, ich bin gegen eine Impfpflicht, aber es ist unredlich, wenn die Regierung – der Bundesrat, der Regierungsrat – sagt, es gebe keine Impfpflicht, dann aber die Schraube immer weiter anzieht und Menschen tagtäglich bezahlen müssen, um am normalen Leben noch teilnehmen zu können. Dann wäre es wirklich redlich zu sagen: Es gibt eine Impfpflicht. Und dann würde man auch die Busse bei Verstoss dagegen verhältnismässig hoch ansetzen. Aber das, was wir jetzt machen, ist irgendwie so eine indirekte Busse durch die Hintertür über die Kosten dieser Tests. Ich bitte Sie also, stimmen Sie der Dringlichkeit zu, damit wir das jetzt behandeln können. Besten Dank.

Andreas Daurù (SP, Winterthur): Kurz vorweg: Für uns alle hier drin ist etwas ganz bestimmt dringlich, nämlich, dass wir so schnell wie möglich aus dieser Pandemie herauskommen. Somit gibt es vor allem eine dringliche Massnahme: Lassen Sie sich impfen. Dieses Postulat verhindert unserer Ansicht nach einen dringlichen Ausstieg aus der Pandemie-Situation. Sowohl die Dringlichkeit wie das Postulat 352/2021 lehnen wir ab.

Ich spreche auch noch gleich zu Traktandum 4, zum Postulat 353/2021. Wir können uns hier für die Dringlichkeit erwärmen, weil wir darin die Möglichkeit sehen, dass der Regierungsrat schnell zum Postulat Stellung nehmen und klärend erläutern kann, wie es aktuell in den Bildungseinrichtungen und insbesondere an den Hochschulen aussieht, wo ja das Testen aufgrund der Zertifikatspflicht in klar definierten Fällen schon jetzt kostenlos angeboten wird. Darauf scheint ja das Postulat 353/2021 auch abzielen, und dies zu klären erachten wir als sinnvoll. Wir behalten uns aber klar vor, je nach Einschätzung des Regierungsrates das Postulat 353/2021 schlussendlich trotzdem abzulehnen. Denn grundsätzlich tun wir den jungen Erwachsenen aus gesundheitlicher Sicht mit Gratistests keinen Gefallen, ist es doch nun gerade die ungeimpfte jüngere Bevölkerung, die jetzt auf den Intensivstationen landet.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Ich werde gleich zur Dringlichkeit beider Vorstösse sprechen und kann es vorwegnehmen: Die FDP wird die Postulate weder in Bezug auf die Dringlichkeit noch inhaltlich unterstützen. Wir stehen hinter dem Bundesratsentscheid, Tests im Freizeitbereich – und ausschliesslich solche sind es – kostenpflichtig zu machen. Niemand muss Tests durchführen beziehungsweise selber bezahlen, um seiner Arbeit nachzugehen und studieren zu können, einkaufen zu gehen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen oder andere öffentliche Einrichtungen zu besuchen. Die Kostenpflicht wurde frühzeitig angekündigt, jeder und jede hätte die Möglichkeit gehabt, sich vor der Einführung impfen zu lassen oder als Genesene ein Zertifikat zu erlangen. Die Impfung, mit der man sich und seine Mitmenschen nachweislich gut vor Ansteckung und schweren Verläufen schützen kann, steht weiterhin allen gratis zur Verfügung. Wer sich für einen anderen Weg entscheidet, was absolut legitim ist, muss die Konsequenzen tragen. Es kann nicht sein, dass der Staat allen ihr persönliches Konzept von Freiheit finanziert. Ausserdem macht eine kantonale Lösung in dieser Frage keinen Sinn, wir wollen schliesslich keinen Testtourismus im Kanton Zürich. Und wenn in dieser Frage etwas dringlich ist, dann ein klar kommunizierter Plan des Bundesrates, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit alle einschränkenden Massnahmen aufgehoben werden können. Dann kann jede und jeder entscheiden, wie sie beziehungsweise er dazu beitragen kann, dass diese Ziele so bald wie möglich erreicht werden und wir alle unsere Freiheit möglichst bald wieder geniessen können.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Ich spreche sowohl zum Postulat 352/2021 wie auch zum Postulat 353/2021 und fasse mich kurz: Die politische Bühne im Kantonsrat zu nutzen, um über Massnahmen, Entscheide oder Grundsätze – alles in Bezug auf die Corona-Situation – zu diskutieren, dies dann auch noch dringlich, lehnt die GLP-Fraktion ab. Unsere Traktandenliste ist lang und die Themen sind wichtig. Wir wollen die Kantonsratssitzungen dafür nutzen und uns nicht mit dringlichen Anträgen zu Corona-Inhalten aufhalten. Unsere Haltung zu den Anträgen werden wir in der ordentlichen Debatte im Rat äussern. Die GLP-Fraktion lehnt bei beiden Postulaten die Dringlichkeit ab.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich): Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg hat in letzter Zeit verschiedentlich Anträge von Personengruppen gegen staatliche Anordnungen, zum Beispiel Maskenpflicht, Impfwang für bestimmte Berufsgruppen et cetera, abgelehnt. Er geht davon aus, dass die behördlichen Eingriffe im Zusammenhang mit Corona gerechtfertigt sind. Er anerkennt, dass dieses Virus eine Bedrohung für die Menschheit darstellt und es sich um eine Pandemie handelt. Bis heute sind fast 5 Millionen Menschen an Covid gestorben. Man geht von einer hohen Dunkelziffer aus. In dieser Situation ist es Pflicht des Staates, Schutzmassnahmen zu ergreifen und das Impfen der Bevölkerung so weit wie möglich voranzutreiben.

Vor diesem Hintergrund ist die Hälfte der Grünen überzeugt, dass der eingeschlagene Weg in der Schweiz auch betreffend kostenpflichtige Corona-Tests richtig und angemessen ist. Sie erachten es als wichtig, dass die Menschen in der Schweiz sich nach Möglichkeit impfen lassen sollen, vor allem auch, da das Angebot gratis ist. Sie lehnen deshalb die Dringlichkeit beider Postulate ab.

Die andere Hälfte der Fraktion ist der Ansicht, dass die Corona-Tests weiterhin kostenlos sein sollen, da sonst mit der Zertifikatspflicht den Menschen im Kanton Zürich kaum mehr eine andere Wahl offensteht, als sich impfen zu lassen. Somit ist man von grossen Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen. Sie unterstützen auf jeden Fall die Dringlichkeit des ersten Postulates, das kostenlose Tests für alle verlangt.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Die Impfung ist der Königsweg aus dieser Pandemie, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht. Die Mitte wird das Postulat 352/2021 weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt unterstützen. Wir sehen es nicht als zielführend, dass der Kanton Zürich sich zu den Absichten und zur Strategie des Bundesrates querstellt.

Beim Postulat 353/2021 werden wir die Dringlichkeit unterstützen, damit wir hören, wie die Regierung die Massnahmen in dieser Gruppe sieht. Auf jeden Fall steht es heute Institutionen bereits frei, Tests gratis anzubieten, wenn sie das als wichtig erachten. Eine generelle Gratisabgabe des Tests für Unter-25-jährige erachten wir nicht als sinnvoll.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Alle möchten, dass diese Pandemie so schnell wie möglich überstanden ist und das soziale und wirtschaftliche Leben wieder uneingeschränkt stattfinden kann. Das ist unbestritten; auch, dass jeder von uns in den letzten anderthalb Jahren mit verschiedenen Einschränkungen leben musste. In den beiden Postulaten wird aber polemisch von einer faktischen Impfpflicht und einer Spaltung der Gesellschaft gesprochen. Das sind grosse Worte. In der Realität hat aber jede und jeder eine Wahlmöglichkeit, von Pflicht kann also nicht die Rede sein. Die Impfung ist gratis und allen frei zugänglich. Eine Spaltung kann nur stattfinden, wo sie geschürt wird. Würde stattdessen mit Aufklärung und einem gemeinsamen Kampf gegen die Pandemie argumentiert, kämen wir schneller voran. Es gibt bis jetzt noch keine Alternative zur Impfung, um aus dieser Pandemie herauszukommen.

Die Alternative Liste lehnt die Dringlichkeit der beiden Postulate ab.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ihr fühlt euch alle so gnädig herablassend sicher, weil ihr geimpft seid. Aber mit den Regeln, die jetzt für das Zertifikat gelten, werdet ihr voraussichtlich in wenigen Monaten nicht mehr als geimpft gelten. Die Zertifikate laufen aus, und dann rennen wir alle, um uns alle zwei Tage testen zu lassen, wenn wir schwimmen wollen, ins Fitness wollen, irgendwo Kaffee trinken wollen. Es ist eine groteske Situation. Solange die Zertifikatspflicht besteht, sollte deshalb unbedingt der Test gratis sein. Wir sind nicht darüber hinweg. Wir alle werden zahlen müssen, weil in wenigen Monaten unsere Zertifikate auslaufen. Und wer meint, dass im Frühjahr rechtzeitig ein paar Millionen Leute eine Drittimpfung erhalten haben, dem kann ich nur sagen: Ich respektiere ihn in der gleichen Weise, wie ich selbstverständlich auch Personen respektiere, die an den Osterhasen glauben. Ich danke euch fürs Zuhören.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Was der Osterhase jetzt mit dieser ernstesten Situation zu tun hat, erschliesst sich mir nicht, aber was ich weiss, ist: Es gibt hier eine Partei, die mit den Ängsten der Menschen zu spielen weiss. Das haben wir eben jetzt wieder gehört. Es gibt eine Partei, die es schafft, sich immer wieder auf dem politischen Parkett zu profilieren, obwohl sie die 60 Stimmen für die Dringlichkeit auch schriftlich auf dem Unterschriftenbogen hätte zusammentragen können. Benjamin Fischer sagt, und er betont es: Wir sprechen hier nur über die Dringlichkeit. Ja, es wäre nicht mal nötig gewesen, über diese Dringlichkeit zu sprechen, wenn er seine Unterschriften eben still und leise zusammengesucht hätte. Nun, es bietet uns die Gelegenheit, die Position der EVP bekannt zu geben: Wir werden mehrheitlich die Dringlichkeit nicht unterstützen, die Gründe sind von verschiedenen Rednern schon genannt worden. Ich möchte einfach daran erinnern, dass unsere Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) sich namentlich dafür eingesetzt, dass die Tests kostenpflichtig sein sollen. Wahrscheinlich gehört sie mittlerweile nur noch halb zur SVP, oder ich weiss auch nicht genau, wie der Draht von der SVP zu ihrer Gesundheitsdirektorin ist. Ich muss ihr hier an dieser Stelle attestieren: Sie gibt sich Mühe und macht einen guten Job. Die EVP steht hinter ihr.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Etwas mehr Ehrlichkeit hätte ich mir hier erwartet, etwas mehr Ehrlichkeit, Herr Daurù. Denn sagt es doch, diejenigen und die Fraktionschefin der FDP (*Beatrix Frey*), die sich hier so zwischen den Linien äussern, anstatt klar zu sagen: Sie sind für eine Impfpflicht und dann verlangen Sie doch noch eine Busse für alle Leute, die sich nicht impfen lassen können und wollen. So geht es nicht. Und hier braucht es eine dringliche Debatte. Es braucht eine dringliche Debatte – und Valentin Landmann hat es klar und deutlich gesagt – auch deshalb, weil man vonseiten der Gesundheitsdirektorin diese dritte Impfung hätte thematisieren sollen. Ich habe vor etwa sechs Wochen eine Anfrage (*KR-Nr. 232/2021*) dazu gemacht, die Antwort war null und nichts. Also man äussert sich einfach nicht. Das ist nicht seriös. Das ist nicht seriös, ja,

geradezu billig, Frau Hollenstein, wenn man hier von politischer Bühne spricht. Nein, das interessiert die Bevölkerung des Kantons Zürich, was wir heute debattieren, und das ist keine politische Bühne für die SVP. Nein, es gibt einen ganz grossen Teil der Bevölkerung, der sich nicht impfen will und kann, und der soll die Möglichkeit haben, dass er sich testen kann. Und das verlangt die SVP und das verlange auch ich als fraktionsloses Mitglied. Und hört endlich auf mit dieser – ich sage es – Doppelspurigkeit oder Doppelzüngigkeit – ich brauch es so – und sagt, was ihr wollt, diejenigen, die hier nach vorne gekommen sind und sich gegen diese Debatte, gegen eine dringliche Debatte geäussert haben. Ihr wollt den Impfwang und dann verlangt ihr gerade noch eine Busse. Und dann sind wir dort, wo wir nicht hinwollen und wo wir in der Vergangenheit leider schon einmal waren. Danke.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich muss nur noch auf Herrn Schaaf antworten: Frau Rickli, die Gesundheitsdirektorin, ist nicht eine halbe SVP-lerin, sondern die SVP-Fraktion steht selbstverständlich zu unserer Gesundheitsdirektorin. Und ja, sie macht einen guten Job. Und ja, wir wollen eben deshalb die Dringlichkeit, um ihr die Gelegenheit zu geben, sich rasch zu diesem Geschäft zu äussern. Ja, wir hätten auf dem schriftlichen Weg gesammelt, wenn eben die Mitglieder aus den anderen Fraktionen die Erlaubnis gehabt hätten, die Dringlichkeit zu unterschreiben. Aber die hatten sie offenbar eben nicht, auch aus der Fraktion von Herrn Schaaf nicht. Und deshalb mussten wir das auf diesem Weg machen und deshalb unterstützen Sie die Dringlichkeit und geben Sie der Gesundheitsdirektion die Gelegenheit, sich dazu zu äussern. Und dann haben wir das Thema vom Tisch. Herzlichen Dank, wenn Sie die Dringlichkeit unterstützen. Geben Sie der Gesundheitsdirektorin die Möglichkeit, darauf zu reagieren. Herzlichen Dank.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Ich wollte mich zuerst eigentlich nicht äussern, weil es nur um die Dringlichkeit geht, fühlte mich aber aufgrund des Votums von Markus Schaaf angesprochen. Es wird mir, zumal ich Teil der SVP-Fraktion bin, unterstellt, dass wir eine Angstmacher-Politik betreiben. Vom SP-Sprecher wurde dargelegt, dass in den Intensivstationen auch viele junge Personen liegen. Ich möchte Ihnen einfach zwei, drei Zahlen darlegen: Die Inzidenz zu den Spitaleintritten in der Altersklasse 10 bis 19, also auch in der Altersklasse, wo sich Studentinnen und Studenten befinden, beträgt 25,7. Derselbe Wert in der Altersklasse 80 bis 90 beträgt 2209,4 gemäss aktuellen Zahlen des BAG (*Bundesamt für Gesundheit*). Inzidenz beim Tod: In der Altersgruppe 10 bis 19 sind es 0,4, in der Altersgruppe 80 plus 1644,1. Das zeigt einfach, dass die Problemstellung wohl uns alle, die verschiedenen Altersklassen aber komplett verschieden betrifft. Und insbesondere ist es legitim, auch die Dringlichkeit des Vorstosses – und da appelliere ich an Sie –, die kostenlosen Tests für diejenigen unter 25 Jahren zu beschliessen. Der Staat handelt grundsätzlich verhältnismässig, und in dieser Altersklasse sind die Massnahmen unverhältnismässig. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell) spricht zum zweiten Mal: Nur eine kurze Korrektur: Lieber Martin Hübscher, es ist nicht so, dass in unserer Partei irgendjemand einen Befehl kommt, wo er unterschreiben darf oder nicht unterschreiben darf. Wir diskutieren hart in der Sache, aber selbstverständlich hat jedes Mitglied in unserer Fraktion die Freiheit, sich auch gegen die Mehrheit der Fraktion zu positionieren. Ich habe meine Kollegin gebeten, nicht im Kopf bei einem Postulat zu erscheinen, wo die Mehrheit der Fraktion dagegen ist. Ich denke, das ist Usus in diesem Rat. Selbstverständlich dürfen meine Kollegen und meine Kollegin, wenn sie möchten, jederzeit schriftlich irgendetwas unterschreiben, das die Dringlichkeit eines Postulates betrifft, und es werden auch jetzt zwei Kollegen aus meiner Fraktion die Dringlichkeit unterstützen. In unserer Partei ist es absolut undenkbar, dass der Fraktionschef jemandem verbietet, gegen seine eigene Meinung zu stimmen. Ich weiss nicht, wie es bei Ihnen ist, aber ich bitte Sie, solche Unterstellungen gegenüber unserer Fraktion zu unterlassen. Ich denke, da spreche ich auch im Namen der anderen Fraktionen.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Ich finde es sehr beschämend, wie wir wieder mit dieser Situation umgehen. Es wurde bereits erwähnt, momentan befinden sich über 25 Patientinnen und Patienten auf den Zürcher Intensivstationen, Durchschnittsalter knapp über 50. Das sind alles Menschen, die um ihr Leben kämpfen, weil sie an Corona zu sterben drohen. Und hier wird von Ostermärchen und Osterhasen erzählt, Herr Landmann, das ist ja unglaublich. Was Ihre juristischen und rechtlichen Kenntnisse betrifft, da mögen Sie eine Koryphäe sein. Ich bitte Sie einfach, bei epidemiologischen und bei medizinischen Themen zurückhaltend zu sein, wenn Sie von der Sache offensichtlich keine Ahnung haben. Es geht hier doch nicht um eine Lappalie, es geht hier um Menschen und das Leben dieser Menschen. Und es geht darum, diese zu schützen und auch zu retten. Und vielleicht noch als Letztes: Bundesrat Guy Parmelin war der Allererste, der es ins Spiel gebracht hat, dass die Tests kostenpflichtig sein sollen. Er ist ausgerechnet von der Partei, die jetzt dagegen ankämpft. Es zeigt einfach einmal mehr, dass diese Partei einmal so, einmal so, einmal so. Je nachdem, woher gerade der Wind weht, wird argumentiert – und ganz bestimmt nicht im Volksinteresse.

Maria Rita Marty (SVP, Volketswil): Ich möchte einmal klarstellen, dass Bundesrat Guy Parmelin nicht wollte, dass man die Tests bezahlt, als es noch keine Zertifikatspflicht gab. Man sollte hier drin irgendwie einmal ehrlich sein. Und dann geht es nicht darum, wer in der Intensivstation ist, sondern es geht darum, ob jemand jetzt selber entscheiden kann, ob er sich impfen lassen will oder nicht, ob er selber entscheiden kann, ob er die Krankheit durchmachen will, ob er irgendwann einmal in der Intensivstation landen will oder nicht, dass das seine Entscheidung ist. Und vor allem geht es darum, dass wir keine Zwei-Klassen-Gesellschaft haben. Diejenigen, die sich den Test leisten können, müssen sich nicht impfen, sie können weiterhin am Leben teilnehmen. Es geht um viele Personen, die sich den Test nicht leisten können und sich darum für eine Impfung, entgegen ihrer Gesundheit, entscheiden. Es geht nur darum. Und es geht auch darum, dass viele

sich nicht impfen können, und es geht darum, dass viele, die die Krankheit durchgemacht haben, denn Sinn der Gefahr der Impfung nicht einsehen. Ich bitte Sie, dies zu achten und beim Thema zu bleiben und nicht Angst zu machen mit Intensivstationen. Machen Sie doch lieber Angst, was die Impfschäden sind. Machen Sie doch lieber Angst, was die Zertifikatspflicht für viele Personen bedeutet, die vom Leben ausgeschlossen werden. Um das sollten Sie sich auch kümmern, wenn Sie sich wirklich um Menschen kümmern. Danke.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Entschuldigung, ich muss hier meiner Vordnerin entgegen: Wenn es nicht um die Kapazitäten bei den Intensivbetten geht, um was geht es dann? Warum wurde der erste Lockdown eingeführt? Weil die Spitalkapazitäten überlastet waren. Es geht jetzt nicht um die persönliche Freiheit, ob jemand sich impfen lassen will oder nicht. Alle Massnahmen hatten und haben zum Ziel, dass die Spitalkapazitäten genügen. Und noch zu Herrn Landmann: Das Zertifikat hat heutzutage ein Ablaufdatum, weil es noch keine Daten über die Wirksamkeit der Impfung oder was weiss ich, der Genesung gibt, weil diese Krankheit noch nicht so lange bekannt ist. Aber die Zertifikate zum Beispiel bei der Impfung werden immer wieder verlängert, weil man immer wieder längere Daten hat und mehr darüber weiss. Das wird auch wieder passieren, davon bin ich überzeugt. Danke.

Ordnungsantrag

Ratspräsident Benno Scherrer: Wir haben einen Antrag auf Schliessung der Rednerliste. Aktuell haben wir noch zwei Sprecherinnen und Sprecher auf der Rednerliste.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 121 : 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Ordnungsantrag zuzustimmen und die Rednerliste zu schliessen.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Wir sprechen heute über die Dringlichkeit und noch nicht über den Inhalt, ob das jetzt gut oder schlecht ist. Die emotionale Debatte von allen Seiten zeigt eigentlich, dass es ein Bedürfnis ist. Deshalb, glaube ich, können wir die Dringlichkeit hier unterstützen. Lassen Sie uns doch zu einem späteren Zeitpunkt über den Inhalt sprechen, ob das sinnvoll ist oder nicht. Vielen Dank.

Maria Rita Marty (SVP, Volketswil) spricht zum zweiten Mal: Spitalkapazität, genau, das ist das Thema. Da wäre es doch schön, wenn sich jemand einmal die Zeit nehmen würde, die BAG-Webseite anzuschauen. Spitäler waren noch nie überlastet, obwohl man 40 Prozent der Kapazitäten gesenkt hat in den Intensivstationen. Ich möchte mal daran erinnern, dass es im Jahr 2015 hiess: Wenn das Spital zu 80 Prozent ausgelastet ist, ist das viel zu tief, sodass man Betten abbauen muss. Ja, das geht nicht, dass man 80 Prozent belegt, das muss zu mindestens 90 Prozent

belegt sein. Auch von der linken Seite habe ich von Bettenabbau gehört, weil die Spitäler nicht genug ausgelastet sind. Jetzt ist eine Auslastung von knapp 70 Prozent und man redet von Überbelastung. Irgendwie haben Sie keine Ahnung von den Spitalkapazitäten oder da hat es irgendwelche Wahrnehmungsstörungen (*Unmutsrufe im Saal*). Irgendwie stimmt das nicht ganz. Man baut Betten ab in einer Pandemie. Es ist doch klar: Wenn Hungersnot ist, was mache ich dann? Ich nehme die Esswaren und werfe sie fort, das ist doch ganz klar. Und dann sage ich: Niemand darf essen, denn wir haben nichts zu essen. Es ist etwa die gleiche Logik, die jetzt geschehen ist. Und ich bitte Sie, gehen Sie doch bitte auf die Seite des BAG. Es wäre doch gut, dann wüssten Sie: Das hier drin ist eine Diskussion ohne fundierte Kenntnisse. Man sollte eine Diskussion nur führen, wenn man fundierte Kenntnis hat. Und ich sehe, dass hier drin die meisten keine Kenntnis haben. Danke.

Ratspräsident Benno Scherrer: Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 352/2021 stimmen 57 Ratsmitglieder. Die Dringlicherklärung ist somit nicht zustande gekommen. Das Geschäft wird als gewöhnliches Postulat auf die Traktandenliste gesetzt.

Das Geschäft ist für heute erledigt.